



Auf dem rechten Auge blind?

Die systemimmanenten Probleme des Rechtsstaats bei der Wahrnehmung und Bekämpfung des rechtsextremistischen Patriotismus

Zehn Jahre lang zieht eine rechtsradikale Terrorgruppe durch Deutschland und bringt Menschen vorwiegend türkischer Herkunft um. Die zuständigen Behörden verbuchen das unter „Milieu“-Taten und können für Rechtsterrorismus keine Anhaltspunkte finden bzw. sie tun entsprechende Hinweise als unbedeutend ab. Jetzt kommt auf einmal auf: Es war das „Thüringer Mörder-Trio“, die Behörden lagen völlig daneben.

Sofort gehen alle wirklichen und ideellen Verantwortungsträger Deutschlands in die Offensive. Die Kanzlerin ruft von oben herab eine „Schande für Deutschland“ aus. Große Aufmerksamkeit gilt jetzt den Opfern: Es sei ihnen Unrecht getan worden und man entschuldigt sich in aller Form bei ihnen. Sie werden vorgezeigt als Beweisstücke dafür, wie sehr sich die Verantwortlichen jetzt angesichts des unentdeckten „braunen Terrors“ in Grund und Boden schämen. Aber wofür schämen sie sich? Sie schämen sich für ein „unfassbares Versagen“ der Sicherheitsbehörden, das es da gegeben haben soll. Die wirklichen wie ideellen Verantwortungsträger warten nur darauf, sich an der konstruktiven Bewältigung der Affäre zu bewähren. Das tun sie natürlich, indem sie die Schuldigen dingfest machen – und damit wird die Empörung gleich in die richtige Ecke geschoben. So legen sie fest, welcher Schadensfall eingetreten ist und sie reservie-

ren sich zugleich die Alleinzuständigkeit für seine Reparatur. Die Selbstanklage ist keinesfalls zu verwechseln mit dem Eingeständnis, dass der staatliche Rechtsnachfolger des Dritten Reiches den „braunen Terror“ nicht so richtig bekämpfen konnte oder wollte. Gegen diesen Eindruck verwahrt sich der deutsche Staat mit seiner groß angelegten Entschuldigungskampagne: Heute und eigentlich schon immer seien „wir“ Deutsche Ausländer- und besonders Türkenfreunde, die mit ihrem Staat für die kompromisslose und eigentlich auch erfolgreiche Ausgrenzung und Bekämpfung des Rechtsradikalismus einstünden. So ungefähr lautet die Botschaft, die jedem Einwand die Luft rauslässt und den unschlagbar guten Ruf der Nation unterstreicht.

So ein Dementi hat nur der nötig, der um die wirkliche Stimmung weiß – und daran kräftig mitgewirkt hat. Die Debatte um einen Sarrazin, der angesichts türkisch-arabischer Gemüsehändler gleich die nationale Bedrohungslage „Deutschland schafft sich ab“ erfand, ist ja noch nicht so lange her. Natürlich haben sich verantwortliche Politiker von ihm abgegrenzt und seine Ansichten als „übertrieben“ und „schädlich“ bezeichnet. Doch andererseits wurde ihm umso entschiedener Recht gegeben: dass es doch erhebliche „Integrationsdefizite“ gebe, dass „Parallelgesellschaften“ entgegengewirkt werden müsse, dass „Multikulti“ tot sei, →Fortsetzung Seite 2

Facebook: Die perfekte Vermarktung virtuell inszenierter Persönlichkeiten

Bei seinen Mitgliedern ist das soziale Netzwerk Facebook extrem beliebt: 800 Millionen weltweit registrierte User hacken sich die Finger wund und machen die Website zu einer der meistbesuchten im Netz. Nicht weniger gefragt ist das Unternehmen Facebook bei der Finanzwelt: Hoffnungsvoll erwartet sie seinen Börsengang und schätzt seinen Wert schon mal auf 100 Milliarden US-Dollar.

EINE COMMUNITY VON SELBSTDARSTELLERN...

Zu welchem Zweck man die von Facebook im Netz installierte Plattform verwendet, bleibt im Prinzip ihrem Nutzer überlassen. Man kann sie bloß für die private Kommunikation benutzen oder als Mittel dafür, ein gemeinsames Interesse mit Gleichgesinnten zu pflegen. So ein harmloser Gebrauch der Website grenzt allerdings an deren Missbrauch: Von den Facebook-Machern konzipiert und entsprechend gestaltet ist sie für eine Veranstaltung anderer Art; und für die wird sie – von ihren Nutzern genau richtig verstanden – tagtäglich zigmilliardenfach aufgerufen. Nämlich:

Der User, als Privatmensch, der er ist, erstellt ein Profil. Das ist für sich schon ein Programm: Er macht sich zur öffentlichen Person, die sich der Welt präsentieren will. Er teilt mit, was immer er zur Darstellung seiner selbst für mitteilenswert hält: Wel-

chen Aktivitäten und Interessen er nachgeht, ob er ein Fan von bestimmten Sportvereinen oder Schauspielern ist, seine Lieblingssänger und Leibgerichte, sein „Beziehungsstatus“ – das alles kann und soll in so ein Profil hinein. Ob er tatsächlich Interessantes mitzuteilen hat, spielt überhaupt keine Rolle. Es kommt nur darauf an, dass er etwas mitzuteilen hat. Die aufgezählten Interessen sollen den, der sie hat, selber interessant machen – weil er sie hat und weil er es ist, der sie hat. Damit das sorgfältig entworfene Bild von der eigenen Person dann auch entsprechend gewürdigt werden kann, wird die große virtuelle Facebook-Gemeinde zur Betrachtung und Wertschätzung eingeladen.

Eine so öffentlich präparierte Individualität muss dann natürlich auch dauernd öffentlich aktiv sein. Auf der eigenen wie auf den Seiten anderer members werden also laufend Mitteilungen gepostet, Meinungen und Standpunkte gepostet, Bildchen hochgeladen und die community zu Kommentaren zu all dem aufgefordert. Auf den Inhalt des Mitgeteilten kommt es dabei nicht weiter an. Das sieht man daran, dass eines so wichtig ist wie das andere, eben als: Ich habe das gesagt. Die Nichtigkeiten des eigenen Alltags haben da genau den gleichen Stellenwert wie weltbewegende Ereignisse. Ob es um die Bekanntgabe der eigenen aktuellen Laune, den neuesten Prominenten-Skandal oder eine AKW-Explosion geht – alles und jedes ist gleichermaßen →Fortsetzung Seite 3

VERSUS 40

| | |
|---|---|
| Rechtsstaat und rechter Terror | 1 |
| Facebook | 1 |
| Der Euro muss gerettet werden | 2 |
| Was ist los, wenn die „Arbeitssucht“ grassiert? | 3 |
| Die Piratenpartei: „Streng öffentlich“ | 4 |

Workshop:

Warum verhungern täglich 100.000 Menschen?

Der Workshop richtet sich an alle, die wissen wollen, warum, trotz weltweit genügend Nahrungsmitteln, gehungert wird. Wir wollen, im ersten Teil des Workshops, den in den Medien sogenannten Faktoren des Hungers, wie Dürre, Spekulation auf Nahrungsmittel, EU Agrarsubventionen, etc. kritisch nachgehen und gemeinsam prüfen, was von ihnen als Erklärungen zu halten ist und was sie über die eingerichteten Verhältnisse verraten.

Im zweiten Teil soll es um die praktischen Maßnahmen zur Hungerbekämpfung gehen. Was wird gemacht und was ist davon zu halten, wenn heute, nach über 40 Jahren Hungerhilfe, der Hunger ein neues Rekordniveau erreicht hat?

Es ist jede/r eingeladen, mit uns zu diskutieren.
Wann? Montag, 6.2.2012 ab 19 Uhr
Wo? im Epplehaus, Karlstraße 13, Tübingen

Interesse daran, „Das Kapital“ zu lesen?



Start im April 2012; Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben. Schreibt uns einfach:

www.versus-tuebingen.de

VERSUS im Internet:
<http://www.versus-tuebingen.de>



Impressum:

Gruppe kritischer Studenten Tübingen
V. i. S. d. P.: Theo Wentzke, Böblinger Str. 135; 70199 Stuttgart;
Tel.: 0711/6151772; Kontakt: redaktion@versus-tuebingen.de

GEGENSTANDPUNKT & Diskussion

Im Jahr 5 der Weltfinanzkrise:

Europas Staaten kämpfen um ihren Kredit und verarmen ihre Völker

Im Jahr 5 nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems im Gefolge der Lehman-Pleite ist es wieder so weit. Wenn das spekulative Vermögen globaler Finanzkapitalisten nicht erhalten bleibt, das in den Staatsschulden „überschuldeter Euro-Staaten steckt; wenn sie diese Papiere in großem Stil abstoßen, weil sie ihnen den Wert nicht mehr zumessen, den sie ihnen einmal zugemessen haben, dann droht von neuem ein Bankenkrach, die Verflüchtigung aller Ersparnisse, der Zusammenbruch des Geldverkehrs und das Ende des Geldes, in dem die Euro-Staaten wirtschaften. Klar ist: Ökonomisch ist der Wert dieser Staatsschulden schon dahin; erhalten bleibt er nur, wenn ihn die Geldkapitalisten gegen ihr eigenes Urteil von der Politik garantiert bekommen.

Dafür gefordert sind Bürgschaften und Kapitalhilfen von Euro-Staaten, die noch Kredit haben, also Schulden machen können, für die sie mit ihrem Staatshaushalt und Steuereinkommen einstehen. Wenn nun der deutsche Steuerzahler als das entscheidende Subjekt der neuen Runde der Finanzmarkt-Rettung gehandelt wird, das einerseits geschont, andererseits für die notwendigen Maßnahmen gewonnen werden müsse, dann ist das gelogen: Regierungen machen von der Zustimmung der Leute nicht abhängig, was sie nötig finden. Umgekehrt stimmt die Sache schon: Natürlich sind es immer die Bürger, die mit ihren Steuern für die souveränen Beschlüsse der Finanzpolitiker geradestehen.

Also wird den Deutschen auch erklärt, warum ihre Regierung die Risiken eingeht, die sie tragen müssen; zum Beispiel mit der Zusicherung, dass sie garantiert nur für egoistische deutsche Interessen hergenommen werden: Griechenland wird nicht für die Griechen gerettet, sondern „für uns!“ „Wir“, hört man, profitieren von allen Mitgliedsländern am meisten vom Euro, „wir“ können uns weder einen griechischen Rausschmiss, noch einen eigenen Austritt

aus der Eurozone, noch gar ihren Zusammenbruch leisten. Die Kanzlerin verlässt sich darauf, dass das nationale „Wir“ schon seine Wirkung tut und die so angesprochenen Bürger bereit sind, sich für die größten Nutznießer des Euro zu halten, nur weil sie als preiswerte Arbeitskräfte von der erfolgreichen deutschen Wirtschaft abhängig sind. Sie sollen an ihr Arbeiten- und Geldverdienens-Können, an das Ersparte, an die Kaufkraft der Renten und Löhne denken und das Missverständnis pflegen, der Euro müsse gerettet werden, damit ihr so genannter Wohlstand erhalten bleibt.

Vortrag mit Diskussion

Tübingen: Dienstag, 7.2.2012, 19 Uhr c.t.
Adolf-Schlatter-Haus, Österbergstr. 2
Stuttgart: Donnerstag, 2.2.2012, 19:30 Uhr
Altes Feuerwehrhaus Süd, Gr. Saal
Möhringer Str. 56 (Eingang Erwin-Schoettle-Platz)
– U1, U14, Bus 42 Erwin-Schoettle-Platz.

Dabei zeigt der Abstand zwischen der Welt der staatlichen und privaten Großfinanz – von den Bankbilanzen über die Bonität ganzer Länder bis zu den Hunderten von Milliarden des Rettungsfonds EFSF – und dem alltäglichen Leben mit dem paar 1000 Euro, die es kostet, nur, welchen viel wichtigeren Zwecken Letzteres nachgeordnet ist. Das Auskommen des Volkes ist nichts als ein kleines Anhängsel kapitalistischer und imperialistischer Großtaten, bei denen es um ganz andere Dinge geht, als um den Lebensunterhalt einfacher Bürger. Für diese Ziele werden die Bürger in Dienst genommen und von deren Erfolg wird ihr Lebensunterhalt abhängig gemacht.

Täglich bekommen die Deutschen zu hören: „Wir“ brauchen stabile europäische Banken. „Wir“ brauchen das Vertrauen internationaler Anleger in die Staatsschulden aller Euro-Länder. „Wir“ brauchen den Europäischen Stabilitätsmechanismus. „Wir“ brauchen eine Fiskalunion, die Defizit-Staaten die Souveränität über ihren Staatshaushalt wegnimmt. „Wir“ brauchen einen Euro, der stärker ist als der Dollar. Aber warum und wofür „wir“ alles das brauchen und warum dafür ausgerechnet die Euros auf den Lohn- und Rentenkonten sinken müssen – dazu hört man nur Unsinn. Der Vortrag wird es erklären.



„Auf dem rechten Auge...“ (Forts. von S. 1)

dass überhaupt und zusammenfassend diese Ausländer weiterhin ein „Problem“ seien. So teilen deutsche Politiker ihrem Volk mit, dass es auf dessen „nationale Identität“ schwer ankomme und dass der Wunsch danach von einer patriotischen Gesinnung zeuge, die staatsbürgerlich-demokratisch schwer in Ordnung geht. Von wegen, Deutschland steht für „Verschiedenheit und Vielfalt“, wie es der Bundespräsident betont hat. Nur weil die deutsche Politik selbst an vorderster Front die nationale Gesinnung ihrer Bürger derart geschärft hat,

SOEBEN ERSCHIENEN:

Freerk Huisken Der demokratische Schoß ist fruchtbar...



Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus

Freerk Huisken
Der demokratische Schoß ist fruchtbar...
Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus
232 Seiten | Januar 2012 | EUR 14,80
ISBN 978-3-89965-484-4

überkommt die Verantwortungsträger für Deutschland schlagartig das Bedürfnis klarzustellen, dass das, was deutsche Ausländerhasser da getan haben, gar nicht passt zum „Deutschland der Anständigen“: Verstünde sich das aber wirklich so von selbst, wie sie behaupten, dann brauchte es das ganze Dementi nicht.

Jetzt, angesichts des offensichtlichen Übergangs zum organisierten Verbrechen in der rechtsradikalen „Szene“, stellt sich für den Staat schon die Frage, ob er an seinem Umgang mit dem Rechtsextremismus nicht einiges ändern muss. Die vielen jetzt angeprangerten „Pannen und Versäumnisse“ sind ja auch ein Ergebnis dessen, dass der Rechtsextremismus von den zuständigen Behörden nicht als besondere Gefahr eingestuft worden war. Auf einmal sind selbst viele Verantwortungsträger öffentlich „beunruhigt“ über den Zustand der Sicherheitsorgane. Die haben schließlich über ein Jahrzehnt lang einen „nationalsozialistischen Untergrund“ nicht einmal als solchen erkannt, sondern seinen Terrorismus unter der Rubrik „türkische Mafia“ eingeordnet. Und es sind nicht mehr nur linke Kritiker, die sich besorgt fragen, ob die deutschen Sicherheitsbehörden nicht „auf dem rechten Auge blind“ seien. „Blind“ in der Hinsicht, dass die Sicherheitsbehörden in solchen Gewalttaten von Faschisten gar keinen Angriff auf den Staat selbst, also eine verfassungswidrige Bestrebung, gesehen haben. Das ist dann schon mehr als die Entschuldigungs- und Schäm-Kampagne: Wenn die unumschränkte Geltung des staatlichen Gewaltmonopols in Frage steht, dann ist das eine „Niederlage der deutschen Sicherheitsbehörden“, so der Verfassungsschutzpräsident Fromm. Und der Innenminister entdeckt im „Rechtsterrorismus ein neues Phänomen.“

Das stimmt freilich nicht. Vielmehr hatte der Staat rechtsradikale Taten ganz anders auf sich bezogen als linksextremistische oder islamistische Verbrechen. Die hießen so, weil sie unter „Terrorismus“ eingeordnet worden waren – und der Rechtsradikalismus eben nicht. Repräsentanten von Wirtschaft und Politik wie Siegfried Buback oder Hans-Martin Schleyer sind aus dieser Sichtweise definitiv andere Opfer als ein toter schwarzer Asylbewerber, und ein geplanter Bombenanschlag von Islamisten wird anders gewichtet als eine groß angelegte Schlägerei gegen Ausländer, selbst wenn dabei Menschen zu Tode kommen. Es kommt eben darauf an, wie der Staat sich

als betroffen ansieht, welches Gewicht er den Verbrechen beilegt, und daraus resultieren dann auch unterschiedliche Vorgehensweisen. Wer ermittelt? Mit welchem Fahndungsaufwand? Wer rückt alles in den Täter- und Sympathisantenkreis? Welche Mittel stellt der Staat zur Bekämpfung des „Umfelds“ zur Verfügung? Usw.

Angesichts der eindrucksvollen Serie rechtsradikal motivierter Gewalttaten ordnet der Innenminister jetzt auch diese Täter unter ‚Terrorismus‘ ein. Aus dieser Neubewertung ergibt sich ein neues Anforderungsprofil für die Staatsschutzbehörden: Sie müssen auf der Höhe der neu definierten Feindlage sein und eine wirksame Bekämpfung zustande bringen. Nur weil dieser Maßstab jetzt gilt, kann man rückwärts mit der so bequemen und verharmlosenden Diagnose des „Versagens“ auftrumpfen. Nach vorne geblickt ist die Mordserie der Anlass, die Ausweitung der Befugnisse und Mittel staatlicher Aufsichtsbehörden als unabweisbar zu begründen. So kann eine kreative Diskussion über die allfällige Einrichtung der bislang umstrittenen Vorratsdatenspeicherung, über eine Verbunddatei gegen Rechts, wie es sie für Linke und Islamisten schon gibt, über eine effektivere Kooperation der Verfassungsschutzbehörden, über die Einbeziehung des MAD usw. nicht ausbleiben.

Dann kursiert allerdings auch ein interessanter Verdacht: „Konnte oder wollte der Verfassungsschutz nichts sehen?“, lautet die Schlüsselfrage. Haben die Beamten nicht nur Dateien „zu früh gelöscht“, sondern sie überhaupt nur deswegen gelöscht, weil sie ihren Auftrag nicht begriffen haben? Herrscht bei dieser Behörde überhaupt das richtige Verständnis für ihr Schutzgut, die Verfassung? – Insbesondere angesichts der „großen Nähe“

verbeamteter Staatsschützer zu den Rechtsradikalen. Die obersten Staatsschützer bis hinauf zum Innenminister müssen sich eingestehen, dass viele ihrer V-Männer im rechtsradikalen Sumpf offenbar deutlich unzuverlässiger arbeiten als gegen einschlägige Staatsfeinde aus dem linken oder islamistischen Lager – kein Wunder, wenn sich private Gesinnung der Schnüffler und der politische Standpunkt des Kontrollierten überschneiden. Gestört hat diese nicht nur in Thüringen anzufindende Kumpanei in den letzten Jahren niemanden groß, für das Kontrollinteresse und die dafür nötigen Informationen hat sie ja ausreichend funktioniert. Erst jetzt gilt ja, dass es beim Rechtsterror einen Staatsfeind zu bekämpfen gilt. Deshalb wird es im Nachhinein als kontraproduktiv eingeschätzt, dass mit dem vielen Geld, mit dem man von den V-Männern Informationen eingekauft hat, auch die Objekte der Observation tatkräftig gefördert wurden.

Dann gibt es noch das umfängliche Feld der rechtsextremen Gesinnungsfreunde. Da handelt es sich offensichtlich nicht bloß um die Anhängerschaft einer immer noch wählbaren Partei, der NPD, die ganz legal Steuergelder als Wahlkampfunterstützung bezieht. Gegen diese Partei wird ein neuer Verbandsantrag vorbereitet. Aber zum Wählerpotenzial der Rechten gehören eben nicht nur enttäuschte CDU-Wähler, die im Falle eines NPD-Verbots von selbst wieder im Hafen der konservativen Volkspartei einlaufen würden. Einigermaßen bestürzt nehmen die staatlichen Stellen davon Notiz, dass in den zahllosen rechtsradikalen Eltern-, Schul- oder Gemeindeinitiativen, Heimatschutzgruppen usw. nicht wenige unterwegs sind, die sich sehr gründlich der Demokratie entfremdet haben. Sie bilden ein rechtes

Sympathisantenumfeld, das ziemlich weit „in die Mitte unserer Gesellschaft“ reicht und, was ganz spezielle Besorgnis erregt, „insbesondere für junge Menschen große Anziehungskraft“ entfaltet. Im Osten der Republik sollen es örtlich bis zu 40 % der Jugendlichen sein, die weder mit den Werten der demokratischen Leitkultur noch mit den Parteien, die sie im Namen haben, etwas anfangen können – „Scheißdemokratie!“ heißt umgekehrt der Reim, den sie sich auf ihre Lebenslage gemacht haben. In Sachen politischer Loyalität droht dem Staat gleich ein Teil seiner jungen Generation zu entgleiten, und unter ihnen gibt es etliche, die zur Tat schreiten, die ihre private Gewalt gegen das Recht des Gewaltmonopolisten stellen: Dagegen wollen gute Demokraten einschreiten, wobei ihnen an Argumenten gegen die rechte Vaterlandsliebe nicht eben viel einfällt. Stattdessen wollen sie durch Einsatz rechtsstaatlicher Machtmittel für eine erfolgreiche Repatriierung ihrer verlorenen Jugend sorgen – und leisten mit einer Effektivierung ihres Verfassungsschutzes und vermehrter Polizeigewalt die nötige Überzeugungsarbeit. ◆

Mehr zu diesem Thema im
GEGENSTANDPUNKT:

„Flugblatt des GegenStandpunkt zu Antifa-Demos: Die Nazis passen nicht zu D – ihre Parolen schon“ (<http://www.gegenstandpunkt.com/gs/10/4/gs20104c06.html>)

„Thilo Sarrazin...“ (<http://www.gegenstandpunkt.com/gs/10/4/gs20104062.html>;

<http://www.gegenstandpunkt.com/gs/10/4/gs20104077.html>), in: GegenStandpunkt 4-10

„Das Volk: eine furchtbare Abstraktion“;

in: GegenStandpunkt 1-2006

Konrad Hecker: *Der Faschismus*, München: GegenStandpunkt-Verlag 1996, 354 Seiten A5, € 20.–

Die Regierungen argumentieren nicht für den Euro, sondern mit dem Euro:

Der Euro muss gerettet werden; die Maßnahmen dafür sind alternativlos.

Kein Tag, an dem die Zeitungen nicht über neue Zumutungen berichten, die die Regierungen der Euro-Länder ihren jeweiligen Völkern bereiten, um ihr gemeinsames Geld vor den Angriffen der Finanzmärkte zu retten. Ganze Regierungen – die von Griechenland und Italien – werden mit viel Druck aus Brüssel, Frankreich und Berlin genötigt zurückzutreten, um „technokratischen“ Nachfolgern Platz zu machen, die mit viel Tatkraft hart durchgreifen und die diktierten Sparprogramme durchsetzen. Frankreich hat ein Sparpaket aufgelegt, das mit Steuererhöhungen und Rentenkürzungen den Rahmen absteckt, wie es in den kommenden Jahren seine Bürger weiter zu verarmen gedenkt, um die Kreditwürdigkeit der Grande Nation auf den Finanzmärkten zu verteidigen. Das große Vorbild dieser Länder ist Deutschland, das mit seinen sozialen Abbrucharbeiten seit der rot-grünen Regierung unter Kanzler Schröder bereits Beachtliches geleistet hat, aber auch das noch nicht für genug hält. Die in die Verfassung aufgenommene Schuldenbremse ist die Verpflichtung, bei den Sparanstrengungen auch in der Zukunft nicht nachzulassen. In diesen Wochen und Monaten geht es bekanntlich ums Ganze:

„DER EURO MUSS UNBEDINGT
GERETTET WERDEN!“

Welcher Euro eigentlich, so möchte man einmal fragen. Ist damit etwa der Euro auf der Gehaltsabrechnung eines Schichtarbeiters oder im Rentenbescheid der Alten gemeint? Oder nicht doch der Euro in den Bilanzen von Betrieben, Banken und Staatshaushalt? Die Art und Weise, wie die Rettung des Euro betrieben wird, gibt über die Beantwortung dieser beiden Fragen schon eindeutig Aufschluss. Gerettet werden soll diese famose europäische Geldeinheit dadurch, dass man Arbeitern und Rentnern möglichst viel davon bei Lohn und Pension wegnimmt, damit der Euro für das Wachstum von Betrieben, Banken und einen gesunden Staatshaushalt wieder taugt.

Das ist konsequent. Mit dem Euro wird nämlich bezeichnet, wie viel eine Ware oder eine Dienstleistung hierzulande wert ist. Er ist die Maßeinheit für all den Reichtum, der in dieser kapitalistischen Gesellschaft in den Fabriken und Büros erwirtschaftet wird. Damit beziffert er aber keineswegs einen Reichtum, der für alle Bürger dieses Landes das gleiche bedeuten würde. Der Umgang mit dem Euro hat schließlich für die verschiedenen Figuren in der Wirtschaft ganz unterschiedliche Konsequenzen: Die einen treten mit einem in Euro gemessenen Vermögen an, das sie vermehren wollen. Dafür greifen diese Herren Unternehmer auf die Arbeit anderer Leute zurück, die kein Vermögen ihr eigen nennen und deswegen stets auf der Suche nach einem Anwender sind, den sie mit ihrer Arbeit bereichern können. Für diese anderen ist der Euro damit ein äußerst bescheidenes und prekäres Mittel ihres Konsums. Ein Klassenunterschied, der sich in den Zehnerpotenzen und Nullen ausdrückt, durch die sich die Geldsummen unterscheiden, mit denen beide Seiten da wirtschaften. Was sind schon die paar Tausend Euro Lohn gegen die Milliarden-Vorschüsse kapitalkräftiger Investoren. Und kaum verdient, ist er fürs Lebensnotwendige ausgegeben und zwingt die Lohnempfänger dazu, sich erneut für die Vermehrung fremden Vermögens herzugeben – sofern man sie überhaupt lässt. Das Wachstum, das in dieser Gesellschaft als Imperativ des Wirtschaftens gilt, kommt also durch Ausbeutung zustande – wie in jedem anderen kapitalistischen Standort in jedem anderen Geld.

Mit ihrem Beschluss zu einer gemeinsamen Währung haben die Euro-Staaten diese Reichtumsproduktion auf eine breitere Basis gestellt. Die Staaten haben ihren Unternehmern die Gelegenheit gegeben, in einem vergrößerten Wirtschaftsraum mehr Wachstum in einem einheitlichen Geld hinzukriegen. Das nutzt europäischen Global Players in der Weltmarktkonkurrenz, verschafft den Banken mit ihrem Kreditgeschäft ein lohnendes Geschäftsfeld und dem Staat viel stabiles Geld, das dem Dollar Konkurrenz macht.

Dass die Nutznießer dieser Konstruktion diese unbedingt retten wollen, kann man verstehen. Aber sie wollen ja auch die Opfer darauf festlegen. Also machen sie Werbung für den Euro und lassen geflissentlich Zweck und Grund, warum der Euro eingeführt wurde, unter den Tisch fallen. Die Erfolgsgeschichte des Euro, die jetzt in Umlauf gebracht wird, liest sich nämlich etwas anders als die Wahrheit – die Geldeinheit einer vergrößerten Wirtschaftsmacht zu sein. Heute heißt es: „Wir alle haben vom Euro profitiert!“ Nicht nur Börsen-Gurus und DAX-Vorstände mit ihren Milliardenumsätzen, auch Karosserieschlosser mit ihrem lumpigen Salär sollen sich angesprochen fühlen. Der alberne Hinweis auf den entfallenen Geldumtausch für Touristen in Europa ist angesichts der existenziellen Bedrohung durch die Krisenlage eingeschlafen. Dafür werden die deutschen Exporterfolge zum Schlager, die ohne Euro und Euro-Raum nicht möglich gewesen wären und von denen doch jeder etwas hat. So wird der Arbeiter zu einer Verwechslung eingeladen, die es in sich hat. Die Exporterlöse deutscher Firmen, die er sich als Vorteil ans Revers heften soll, beziffern doch gar nicht seinen Ertrag, sondern den Ertrag, den diese Firmen aus ihm herausgeschlagen haben. Ein schöner Beleg sind die Beschwerden aus den europäischen Partnerländern wie Frankreich, die am deutschen Niedriglohnssektor und Billigexport leiden, weil ihre heimischen Betriebe dadurch in den Konkurs getrieben werden und das Arbeitslosenheer wächst.

Und damit niemand beim Nachzählen seiner verdienten Cent und Euro ins Grübeln kommt, wie eigentlich die zitierten Exportziffern und der Lohn des Arbeiters zusammenhängen, greift die öffentliche Propaganda gleich zu einem Argument, mit dem sie ihrem Arbeitsvolk schon seit langem die Lage schönredet. Dieses Argument heißt „Arbeitsplatz“ und ist über die kleinliche Frage längst hinaus, was dieser Platz eigentlich in dem Geld einbringt, mit dem wirklich das Lebensnotwendige bezahlt werden muss. Das Mittel des Arbeiters, überhaupt ein Einkommen verdienen zu



dürfen, die Verausgabung seiner Arbeitskraft, ist zum höchsten Zweck erklärt worden, für den Einkommensbestandteile großzügig geopfert werden müssen – „Hauptsache Arbeit!“. In dieser Hinsicht, aber auch nur in dieser, soll sich das deutsche Arbeitsvolk durch den Euro-Raum bestens bedient sehen. Ohne Euro und Export gehen nämlich Millionen Arbeitsplätze verloren. Streng genommen sind es die Arbeitsplätze gar nicht, die sich stillschweigend davonmachen, sondern die Konzernherren streichen sie, wenn sie an anderen Standorten bessere Absatzchancen oder billigere Arbeitskräfte wittern. Wie auch immer, der angepriesene Vorteil besteht bestenfalls in der Vermeidung eines anders gearteten Nachteils. Die Abhängigkeit des Proletariats vom Erfolg seiner Anwender ist das ganze Überzeugungsargument und kommt einer Erpressung gleich, den Erfolgsweg deutscher Firmen im Euro-Raum weiter mitzutragen, durch Arbeitsbereitschaft in nahezu jeder Form und Verzichtsbereitschaft beim Entgelt in fast jeder Größenordnung.

Das gilt immer und umso mehr, wenn der Euro nun gerettet werden muss. Zur Unterstreichung der Unbedingtheit ihrer Rettungsmaßnahmen und Sparpakete bedient die deutsche Regierung ihr Volk mit einem wie in Stein gemeißelten Argument:

„DIE MASSNAHMEN DER REGIERUNG SIND ALTERNATIVLOS!“

Die Botschaft ist klar: Niemand soll angesichts der rigiden Sparmaßnahmen mit Gesuchen auf Milde oder Rücksichtnahme bei Rentnern oder sozial Schwachen antreten. Alternative Vorgehensweisen, für die mancher Verbandsvertreter oder linke Sozialpolitiker werben mag, gibt es nicht. Für ihr Vorgehen reklamiert die Regierung nicht das bessere Argument, mit dem sie Alternativen als schlecht begründet abweist, sie bestreitet schlichtweg deren Existenz. Jeder Einspruch ist damit argumentlos abgeschmettert. Das Regierungshandeln vollstreckt einen Sachzwang, der gar keine Wahl lässt. So soll es die Menschheit auffassen.

Das sollten die so angesprochenen Völker einmal beim Wort nehmen: Die Genesung der Sorte Wirtschaft, die ihnen als unabweisliches Lebensmittel vorgesetzt wird, ist nur durch eine durchgreifende Verschlechterung ihrer Lebenslage zu haben, und das nicht nur vorübergehend, sondern so dauerhaft wie die Kürzungsorgien bei Renten, Gesundheit und anderen Bereichen angelegt sind. Nicht aus bösem Willen, sondern weil das Sachgesetz unseres Wirtschaftens so etwas verlangt. Das wäre doch einmal als vernichtendes Urteil über dieses wirtschaftliche System ernst zu nehmen.

„Facebook...“ (Fortsetzung von Seite 1)

dafür gut, beim virtuellen Publikum Aufmerksamkeit für sich zu erregen. Diese ganz unterschiedlichen Mitteilungen haben eine Gemeinsamkeit: Sie sind Mittel dafür, sich als einmalige und ganz besondere Persönlichkeit in Szene zu setzen und damit – wenn alles gut geht – ein Feedback der Community, die genauso tickt, zu erzeugen.

Diese Art von Kommunikation besteht also hauptsächlich darin, sich in der wechselseitig vorzuführen. Dafür ist die allereinfachste Art sich mitzuteilen genau passend: Man drückt den Knopf „gefällt mir“ – und wenn man ihn nicht drückt, will man damit ja auch was gesagt haben. Der User will ja nur seine Stellung zur Welt, seine höchste Meinung kundtun. Mit dem Button „like“ hat er sein wichtigstes Handwerkszeug parat, sich die Welt zurechtzulegen: Was entspricht mir und was nicht – vom Turnschuh bis zur Merkel. Dieser Wahn nimmt die ganze Welt so, als wäre sie ein einziges Angebot, das einem zu Diensten steht, und man sucht ganz nach eigenem Geschmack heraus, was man davon will und was nicht.

Was aber wäre die ganze Selbstverliebtheit, wenn sie nicht ein Gegenüber hätte? Es kommt auf die Würdigung durch die Community an und die kann man an einem höchst angemessenen Gradmesser ablesen. An prominenter

Genommen werden soll es aber als Ausweis für die Notwendigkeit der Einschnitte.

Dabei hat die mit dem Argument Sachzwang verordnete Verschlechterung der Lebenslage gar nichts mit einem sachlichen Mangel zu tun, der zu einer vorübergehenden Einschränkung bei der Lebensführung zwingen würde. Finanzkrise hin oder her, keine Naturkatastrophe hat die Ernte verhegelt, kein Hektar Ackerland ging verloren, Fabriken und Maschinen für die Herstellung von Essbarem und Nützlichem sind ebenso reichlich vorhanden wie Hände, die arbeiten könnten. Alle sachlichen Voraussetzungen für eine gediegene Versorgung der Menschen liegen vor. Aber um der Geldrechnungen willen, denen der Gebrauch all dieser Faktoren in dieser Wirtschaft unterworfen ist, wird der arbeitenden Menschheit ihr Lebensstandard beschnitten, damit diese Rechnungen wieder zur Zufriedenheit ihrer großen Nutznießer aufgehen können. Die Finanzbranche verliert angesichts der aufgelaufenen Staatsschulden ihr Vertrauen in die staatlichen Papiere und verlangt neue Beweise ihrer Solidität, wenn sie den Staaten weiterhin Geld borgen soll. Europas Regierungen liefern, so gut sie können, und tun das Nötige. Sie betreiben Schuldenminderung durch Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen, vornehmlich bei den großen Massen in ihrer Eigenschaft als Rentner, Krankenversicherter oder Verbraucher, weil das dem gleichzeitig nötigen Wachstum in der realen Wirtschaft am wenigsten wehtut oder sogar nützt.

Das ist nämlich das zweite Kampffeld, auf dem um die Kreditwürdigkeit der Nation gestritten wird: Viel Wachstum aus möglichst billiger Arbeit, das braucht der Staat, um das Vertrauen der Finanzinvestoren zurückzugewinnen, und das brauchen die Unternehmen sowieso und immer. Finanzkapital, Realwirtschaft, Staat, drei Instanzen, eine Rechnung: Die Verarmung der Massen ist einfach notwendig, um alle Bilanzen wieder ins Lot zu bringen, in der Krise mehr denn je!

Es stimmt tatsächlich: In diesem System ist die schlechte Behandlung der arbeitenden Menschheit alternativlos; aber dieses System ist nicht alternativlos. Der Sachzwang, auf den sich berufen wird, ist ein gemachter. Er geht von dem Regime des Geldes aus, das der Staat mit seiner hoheitlichen Gewalt für seine Art von Wirtschaft verbindlich macht. Es ist also nur folgerichtig, wenn in zahlreichen Euro-Staaten das soziale Abbruchunternehmen mit viel Polizeigewalt gegen Widerstände in der Bevölkerung durchgesetzt wird. Denn der Sachzwang hat dann doch nicht den Status eines Naturgesetzes, das aus sich heraus gilt, sondern wird nur in dem Maße wirksam, wie der Staat seinen Zwang dahinter stellt. ♦

Stelle im Profil ist die Anzahl von Freunden verzeichnet, die ein User für seine Facebook-Seite gewonnen hat. Das ist die nachzählbare Anerkennung, auf die der ganze Auftritt bei Facebook zielt. Erst wenn man möglichst viele „Friends“ eingetragen hat, also viele andere den eigenen Antrag auf Freundschaft akzeptiert haben, hat der eigene Netz-Auftritt geklappt. Dann würdigt das Publikum, dem man seine vortreffliche Persönlichkeit präsentiert hat, einen auch als diese Persönlichkeit. Ein Vermerk wie „Saskia hat noch keine Freunde“ ist der Schleudersitz in die Depression.

Der Begriff von Freundschaft ist auf den Kopf gestellt: Freundschaft begründet sich darin, ein gemeinsames Anliegen zu verfolgen, so könnte man meinen. Der verrückte Zweck der Facebook-Anhänger besteht aber ganz inhaltsleer darin, Freunde sein zu wollen, das ist dann ihre Gemeinsamkeit. Auch deswegen ist es so wichtig, ganz viele Freunde zu haben. Lauter passionierte Selbstdarsteller gehen auf ein Publikum aus ebensolchen Selbstdarstellern los, werben um Freunde als Ausweis ihres Erfolgs und bekunden Freundschaften, um sich selber interessant zu machen. Anderen Anerkennung zu bezeugen wird als Hebel dafür eingesetzt, für sich selbst Anerkennung einzufordern. Ebenso gut taugt dazu auch die offensive Missachtung: Dem mehr oder weniger zufälligen Opfer Anerkennung zu verwei-

gern, um sich selbst in Szene zu setzen. Darum bestätigen sich auf Facebook nicht nur Friends andauernd wechselseitig ihre Vortrefflichkeit, sondern es wird auch genauso regelmäßig diffamiert und gemobbt. Diese Konkurrenz um Anerkennung – dafür liefert Facebook die perfekt rationalisierte, weltweite virtuelle Plattform.

... ALS MITTEL FÜR

MILLIARDENTRÄCHTIGES GESCHÄFT

Dass der User das alles kann, verdankt sich freilich einem ganz anderen Interesse als dem, sich bis zum Geht-nicht-mehr zu profilieren. Schließlich hat der Erfinder von Facebook, Mark Zuckerberg, dieses „Soziale Netzwerk“ nicht gegründet, um Frieden und Freundschaft auf der Welt zu verbreiten, sondern weil ihm die Idee zu einer neuartigen Werbeplattform gekommen war. Mit all den „Daten“, die ein Facebook-Benutzer von sich ins Netz gestellt hat, ist er in einer Hinsicht wirklich interessant – nämlich für alle die, die ihre Waren an den Mann bringen und so ihren Profit einfahren wollen. Denen macht Facebook ein verlockendes Angebot: Zig Millionen Mitglieder stehen den Warenverkäufern rund um den Globus als potentielle Kunden zur Verfügung. Von den vielfältigen Persönlichkeiten, die sich bei Facebook darstellen, wollen die Verkäufer immer nur das eine: ihnen etwas andrehen. Die Warenhändler müssen sich dabei nicht damit begnügen, Namen, Geburtsdaten und Adressen einzukaufen. User, die auf ihren Profilen und Pinnwänden tagtäglich genauestens Auskunft über ihre Bedürfnisse, Vorlieben und Neigungen geben, liefern damit Datensätze, die sich zu einem maßgeschneiderten Werbeprofil ausbauen lassen. Das braucht man dann nur noch zu nutzen, vom personalisierten Bildschirm-Werbeposter bis zum Verkäufer, der als neuer Friend beim Facebook-Account anklopft. Darin liegt das milliardenschwere Bindeglied zwischen privatem Gequatsche und dem großen Geschäft des Warenhandels. Die Selbstdarstellungsgorgien sind

die perfekt auszunutzbaren Gelegenheiten des Profitmachens. Die Mitglieder, die andauernd ihren Geschmack und Lebensstil öffentlich ausbreiten, bekommen von den Werbeabteilungen der größeren und kleineren Marken, die um ihre Zahlungsfähigkeit konkurrieren, passgenau die immer neuen Moden und Produkte angeboten, die ihrem Geschmack und Lebensstil entsprechen.

Damit ist die überwiegende Mehrzahl der User ganz zufrieden: Sie sehen sich gut bedient. Völlig abwegig fänden sie die These, sie seien das Mittel des Geschäfts. Umgekehrt: Endlich werden ihnen aus der unüberschaubaren Warenwelt genau die Angebote unterbreitet, die zu ihnen passen. Das werbende Geschäftsinteresse an ihnen übersetzen sie in ihre Freiheit, sich in ihrer Warenwelt tummeln und zumindest ideell über all die ihnen offerierten Produkte verfügen zu können, die letztlich wegen ihnen und für sie hergestellt würden. Wer will denn da über Werbung meckern, wenn die genau den eigenen Geschmack und Lebensstil abbildet? Selbstbewusst leben sie ihre Einbildung, sie hätten ihren Lifestyle selbst erfunden und würden sich für dessen Pflege beim Geschäft bedienen. Der Sache nach werden sie mit ihren kompletten Netzaktivitäten von den Werbeabteilungen der diversen Marken für deren Absatzinteresse benutzt und in ihrer Bedürfnisstruktur auch passend zurechtgemacht, mit den Produkten, die ihnen vorgestellt und angeboten werden, weil sie am besten geeignet scheinen, ihnen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Mit jeder auf der Plattform getätigten Regung sind sie voll unter diese ihre marktwirtschaftliche Bestimmung subsumiert.

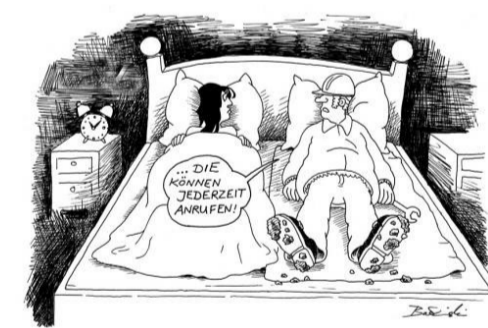
So passt die selbstbewusste öffentliche Person zur Kategorie des Kunden wie der Arsch auf den Eimer. ♦

Mehr zu diesem Thema im GEGENSTANDPUNKT 4-11 (seit 16. 12. 2011 im Buchhandel) <http://www.gegenstandpunkt.com/gs/11/4/inh114.htm>

Psychologisch verfremdete Nachrichten aus der Marktwirtschaft:

Was ist los, wenn die „Arbeitssucht“ grassiert?

Vor einiger Zeit macht die Illustrierte „Stern“ auf mit dem Titel: „Süchtig nach Arbeit“ (16/2011). Vorgestellt werden da Leute, die in und vor allem wegen ihrem aufreibenden Berufsleben irgendwann zusammenbrechen und dann von Psychologen als „arbeitssüchtig“ eingestuft werden. Dazu werden dem Leser eine Reihe von Symptomen dieser merkwürdigen Krankheit vorgestellt: Der arbeitssüchtige Angestellte oder Manager kennt nur noch seine Arbeit, macht haufenweise Überstunden, kennt kein Wochenende, kümmert sich um nichts anderes mehr, vernachlässigt die Familie und betrachtet jede Art von Freizeit als Ablenkung oder Störung.



men, dass ihnen ihre Tätigkeit so gefällt, dass sie darüber die Zeit vergessen, aber der „Arbeitssüchtige“ ist garantiert nicht ins Telefonieren oder in Tabellenkalkulationen verliebt. Wie alle seine Kollegen hat er sich mit Anforderungen auseinandersetzen, die nicht er sich ausgesucht hat, sondern die der Betrieb ihm vorsezt. Der Betrieb will diese Anforderungen auf eine Art und Weise erledigt sehen, die seinen Erfolg garantieren – das heißt: Mit einer einmal erbrachten Leistung ist er nie zufrieden, es kommt ihm auf eine ständige Steigerung des Leistungsniveaus an. Das lässt sich auf denkbar einfache Art erzwingen: Der Betrieb stellt die Leute gegeneinander auf, lässt sie gegeneinander konkurrieren. Damit ist der Erfolg des einen der Misserfolg des anderen. In solchen Betrieben steht ständig die Frage auf der Tagesordnung, wer von der Mannschaft weiter nach „oben“ kommt, wer sich für eine Festanstellung oder für einen höheren Posten mit mehr Verdienst ins Gespräch bringen kann; das Ganze aber auch in die andere Richtung: Welche Mitarbeiter überleben die nächste Kündigungswelle.

VOM ZWANG ZUR KONKURRENZ...

Dabei ist eines von vornherein klar: Es ist nicht die bestimmte, die konkrete Arbeit, die den „Süchtigen“ so fesselt. Bei Künstlern oder Leuten, die zufälligerweise ihre Liebhaberei zum Beruf machen können, mag es vorkom-

... ÜBER DIE HOFFNUNG AUF CHANCEN...

Es ist leider üblich, dass die Mitarbeiter die vom Betrieb angeordnete Konkurrenz annehmen und jeder schaut, wie er sich auszeichnen, d. h. die anderen **→Fortsetzung Seite 4**



„Streng öffentlich!": Piraten machen aus Parteien- verdrossenheit Wählerstimmen

Die Demokratie ist schon eine feine Sache. Da laboriert sie angeblich schon seit einiger Zeit an einem Phänomen namens „Politikverdrossenheit“. Die Bürger lassen es – so wird behauptet – an Interesse und Anteilnahme am politischen Leben fehlen. Der Zulauf bei Wahlen lässt zu wünschen übrig. Es wird viel herumgemault an „denen da oben, die sowieso machen, was sie wollen“, die gar nicht hören auf das, was das Volk macht, wie es ihm geht, was es wirklich braucht. Manchmal wird das Volk sogar sauer; nicht wenige Bürger verwandeln sich in sog. „Wutbürger“ und teilen „denen da oben“ mit, dass sie nur noch wenig oder gleich gar kein Vertrauen mehr in sie hätten. Insbesondere bei den jungen Bürgern wird angeblich etwas wie eine grundsätzliche „Abkehr von der Politik“ beobachtet und beklagt. Und dann taucht wie aus dem Nichts eine Piratenpartei auf und fischt als „Auffangbecken für Aussteiger“ (SZ, 14.10.) in Berlin auf Anhieb 8 Prozent Ex-Nichtwähler und es scheint möglich, dass sie bei der nächsten Bundestagswahl noch mehr erreicht.

Zunächst stellt sich da für die politischen Beobachter und Kommentatoren aus Medienkreisen die Frage, ob das eine von diesen Protestparteien vom linken oder rechten Rand ist, die sie in aller Regel gar nicht gut leiden können. Aber es gibt gleich Entwarnung: Nein, dieser Partei ist nichts Schlechtes nachzusagen, sie verdient sogar eine ordentliche Portion Wohlwollen. Das ist doch mal, so die „Süddeutsche“, „der frische Wind, über den das Land sich freuen sollte“ (20.9.), und sogar die stockkonservative FAZ überschlägt sich geradezu: „Man kann nicht anders, als voller Respekt und ohne Ironie den Siegeszug dieser modernen politischen Bewegung zu rühmen“. (FAZ.net 29.9.11) Der „frische Wind“ hat schon verloren geglaubte Wähler an die Wahlurnen geblasen und das Kompliment, eine „moderne politische Partei“ zu sein, bekommen die Piraten, weil sich bei ihnen überproportional viele junge Leute, von denen die Zukunft der Demokratie doch irgendwie abhängt, einfinden. Es herrscht also Zufriedenheit: Im Kampf gegen die „Politikverdrossenheit“ hat die Piratenpartei einen nützlichen Beitrag geleistet, so zumindest der erste Eindruck.

Die Piratenpartei erklärt, warum es sie braucht, was ihr am demokratischen Leben Deutschlands nicht passt bzw. was dem abgeht: „Im Moment spielt sich Politik doch irgendwo da oben ab“, sagt [die Piratin] Weisband, „das ist kein Zustand, der haltbar ist“ (SZ 6.10.11) „Also geht es darum, wie man Politik präsentiert. Die Partei lebt Transparenz vor. Das hat sehr viele Menschen begeistert.“ (Die Zeit 29.9.11) Auf die berühmten „Inhalte“, die doch in der Politik von so überragender Bedeutung sein sollen, geht diese Partei erst einmal gar nicht ein. Sie macht auch nicht anderen Parteien den Vorwurf, falsche „Inhalte“ oder richtige „Inhalte“ falsch vertreten zu haben. Unter dem Schlagwort „Transparenz“ konzentriert sie sich vielmehr auf die Selbstdarstellung der Parteien und nur an der hat sie etwas auszusetzen. Das sei „kein Zustand, der haltbar ist“, womit gemeint ist: So kommen die Parteien nicht rüber, so kommen sie nicht bei den Menschen an, nehmen sie nicht mit, und wie die Sprüche alle heißen.

Das sorgt für den „unhaltbaren“ Zustand: Die Menschen können mit der Politik und ihren wichtigen Anliegen nichts anfangen, nicht, weil sie etwas gegen die Politik und die Zumutungen hätten, die die Regierenden Tag für Tag gegen ihr Volk durchsetzen, sondern weil die Parteien bei ihrer Aufgabe versagen, diese Zumutungen zu vermitteln: „Die Menschen sind nicht politikverdrossen. Die sind partei-
enverdrossen.“ (Weisband in: Die Zeit 29.9.11) Sie, die Piratenpartei, ist jedoch eine Partei ganz anderen Schlages. „Inhalte“ gelten ihr als zweitrangig bis unwesentlich, ja, es spricht

sogar für sie, dass sie gar kein herkömmliches politisches Programm hat und freimütig bekennt, zu vielen Themen, die in der und für die Republik wichtig sind, (noch) keinen Standpunkt zu haben. Aber sie kann Menschen „begeistern“, wie Marina Weisband sagt, nämlich mit ihrem originellen Gegenprogramm der „Transparenz“. Wenn man fragt, was das sein soll, stottern die Piraten ein bisschen herum: Na ja, sie halten ihre Sitzungen internet-öffentlich ab, es darf sich auch jeder per Internet in ihre Politik einklinken und mit abstimmen. Das wird dann aber wieder relativiert: Natürlich könne es nur um „partizipative Elemente“ gehen, sagt der Pirat Nerz, und am Schluss würden dann schon die Abgeordneten die Entscheidung treffen.

Dass „Transparenz“ tatsächlich in einen Gegensatz gerät zum demokratischen Prozedere – Wähler wählen das Herrschaftspersonal aus, damit letzteres auf Basis dieser allgemeinen Zustimmung die Staatsnotwendigkeiten ungestört von ihnen gegen sie durchsetzt – und dort etwas durcheinanderbringt, ist nicht gemeint. Wichtig ist nur, dass sich die Piraten dieses modische und positiv besetzte Schlagwort auf die Fahnen geschrieben haben, denn damit unterscheiden sie sich schon mal von den anderen Parteien. Allein schon die Existenz der neuen Partei bezieht die alten Parteien des Vergehens, den „Kontakt zu den Wählern“ verloren zu haben. Das, was die demokratische Öffentlichkeit gerne als Problem wälzt, eben diese „Politikverdrossenheit“, liege an der Abgehobenheit der Altparteien, also daran, dass sie sich gar nicht mehr die Mühe machen würden, mit dem Wahlvolk – wie es heute heißt – zu „kommunizieren“. Das komme dann beim Wahlvolk als Gleichgültigkeit und Selbstherrlichkeit an. Die Piratenpartei hält den anderen Parteien vor, sie würden einen Überdross der wählenden Bürger an den Parteien erzeugen – und wie schafft man diesen Überdross aus der Welt? Genau: Mit der Gründung einer neuen Partei. Sie selbst ist das leuchtende Gegenbeispiel: Nicht irgendwelche „Inhalte“ sind ihr Markenzeichen, sie zeichnet sich vielmehr dadurch aus, dass sie die Wichtigkeit und Notwendigkeit von „Transparenz“ als der besten Politikmethode zu ihrem Markenzeichen macht – und dadurch ist sie dann der Inbegriff von „Bürgernähe“.

Einerseits gefällt das den Medienvertretern. Mit der Piratenpartei sind sie sich einig, dass es schwer auf diese „Bürgernähe“ ankommt. Darum, ihr Tun den Regierten „rüberzubringen“, bemühen sich die etablierten Parteien nicht genug, und die Piraten deuten zu Recht auf das Problem mangelhafter Vertrauenswürdigkeit und Glaubwürdigkeit der Politik bzw. der Parteien. Wenn die neue Partei unter dem Titel „Transparenz“ als Bewahrer und Förderer dieser Kerntugenden der „politischen Kultur“ auftritt, dann würdigt das die Öffentlichkeit allemal als einen positiven Beitrag zu ebendieser „Kultur“. Dass die Leute ihren Oberen glauben, ist den Journalisten und Redakteuren ein Herzensanliegen – deswegen sind sie ja so kritisch, wenn sie die Darstellung der Politik durch die Parteien kommentieren, und deswegen schließen sie die Piratenpartei einen Moment lang in ihr Herz.

Andererseits ist es damit natürlich überhaupt nicht getan. Es ist gut und schön, wenn die Bürger eine gute Meinung von der Politik haben, aber das ist ja kein Selbstzweck. Politiker soll man deswegen vertrauen und ihnen glauben, damit die in aller Freiheit regieren können. Der Beleg, dass es darum geht, ist die Skepsis, die der Piratenpartei auch entgegengebracht wird. Nachdem sie dafür gelobt wurde, sich für eine bessere „Vermittlung“ zwischen Bürgern und Parteien einsetzen zu wollen, wird sie gefragt, was sie damit anfangen will. Bisher hat sie ja nur eine Vorarbeit erledigt, und zweifelnd wird gefragt, ob die Partei überhaupt kapiert hat, wie Politik-Machen wirklich geht. Mit den lockeren Sprüchen, dass sie sich in die diversen „Politikfelder“ erst noch einar-

beiten muss, muss jetzt Schluss sein. Realpolitik, das stellt die öffentliche Besprechung klar, darf nicht in den Verdacht einer Wohlfühlpolitik geraten, hat nichts mit einem Schmusekurs zwischen Regierung und Regierten zu tun. Die Arbeit an der Darstellung der Werte und Aufgaben, denen sich die Parteien „im Auftrag“ ihrer Wähler verpflichtet sehen, soll deren Glauben an und Vertrauen in die Politik herstellen. - Das setzt freilich voraus, dass die Wähler die Macht beim Repräsentanten abgibt und weiter nichts zu melden haben. Wieso müssten sie ihm sonst immerzu glauben und vertrauen? Die Trennung der politischen Macht von dem ihr unterworfenen Volk ist der Ausgangspunkt jeder gelungenen Vermittlung, die die Freiheit des Regierens gewährleisten soll. Die brauchen die Regierenden nämlich für das, was sie in ihrer alltäglichen Politik den Wählern zumuten.

Ob die Piratenpartei diese Trennung im Sinn hat und hinkriegt, das ist sozusagen die

„Arbeitsucht...“ (Fortsetzung von Seite 3)

ausstechen kann – richtig ist es trotzdem nicht. Nicht deswegen, weil das irgendwie – wie ja auch gerne beklagt wird – nach „Egoismus“ oder „Ellenbogen“ aussieht, sondern weil die Konkurrenz im Betrieb ein Mittel des Arbeitgebers ist, die Leistung zu steigern. Die Beschäftigten rechnen sich eine „Chance“ aus, das heißt eine bloße Möglichkeit, ihre Position zu verbessern, die sie gar nicht in der Hand haben, die aber ein sicheres Resultat hat: den Erfolg des Betriebs. Klar: Jeder will „etwas aus sich machen“ und „im Leben weiterkommen“ und wie die Sprüche alle heißen, und jeder meint, es liege ganz an ihm, betrachtet also sich selbst als Mittel seines Erfolges. Heraus kommt, dass sich alle anstrengen und ein höheres Leistungsergebnis erzielen. Ob freilich ein höherer Posten zu besetzen ist, wer dafür in Frage kommt und ob eine Gehaltserhöhung passiert, alles liegt ganz und gar im Ermessen des Betriebs und verdankt sich ganz anderen Gründen als dem, eine erbrachte Leistung zu honorieren. Der Betrieb zwingt allen einen Vergleich per Konkurrenz auf, damit mehr Leistung für die erhaltene Bezahlung abgeliefert wird. Bezahlt wird aber gar nicht die Leistung; mehr Leistung führt nicht automatisch zu höherer Bezahlung und eben deswegen hat es keiner in der Hand, diesen Vergleich für sich zu entscheiden. Nicht nur legt der Arbeitgeber alle Umstände fest, unter denen diese Konkurrenz abläuft, er entscheidet auch ganz frei darüber, wem er auf Basis seiner Berechnungen einen Karriereschritt zukommen lässt und wem nicht.

...ZUM LEISTUNGSAKTIVISTEN...

Die Botschaft, die beim Arbeitnehmer ankommt, ist: Dann muss ich mich eben noch mehr anstrengen. Er macht dem Betrieb das Angebot: Du kannst noch mehr über mich verfügen, noch mehr von mir verlangen. Das hat nach der menschlich-moralischen Seite hin zur Konsequenz, dass es genug Ekelbolzen gibt, die sich bei den Vorgesetzten einschleimen und versuchen, die werten Kollegen anzuschwärzen und – Stichwort „Mobbing“ – zu drangsalieren. Ansonsten bleibt bloß der angestrenzte und anstrengende Nachweis, dass man seinen eigentlichen Lebensinhalt in der Erfüllung der betrieblichen Anforderungen sieht. Die Mitarbeiter unterscheiden sich darin, wie weit sie dabei gehen wollen, grundsätzlich machen sich jedoch alle zu Aktivisten des Vergleichs, der mit ihnen angestellt wird. Die psychologisch diagnostizierte „Arbeitsucht“ ist nichts anderes und nicht mehr als die radikale Ausformung dieser Bereitschaft, sich ganz und gar der Möglichkeit eines Erfolges in der Konkurrenz zu verschreiben, nur für diese Hoffnung zu leben und dem alles andere unterzuordnen.

...UND PSYCHOLOGISCHEN „FALL“

Es stimmt also nicht, wenn die psychologischen Experten für das menschliche Innenleben behaupten, häufige Mehrarbeit, Wochenendeinsätze, ständig für den Betrieb erreichbar und verfügbar zu sein etc. wären klare Indizien für ein individuelles Fehlverhalten, eine krankhafte Entgleisung, eben eine Sucht. Im

Hardware der Politiktüchtigkeit, auf die hin die Piraten eben auch gemustert werden. Erste Schritte in diese Richtung werden ihr attestiert, aber wenn sie keine Eintagsfliege sein und Eingang in den Kreis der etablierten Parteien finden will, hat sie noch einiges zu lernen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ sieht hier verheißungsvolle Ansatzpunkte: „Sie scheint sich in Windeseile zu vollziehen, diese Metamorphose vom Netzrebell zum Staatsmann“ (SZ 29.9.11). Allerdings muss sie die Partei auch warnen: Auf dem Weg dahin, bei aller Aufmerksamkeit für das Wie letztlich das Was der politischen Rason durchzusetzen, muss sie energisch voranschreiten. In diesem Sinne lässt ihr die Zeitung schon mal im Voraus einen spöttischen Gruß zukommen: „Den Piraten ansonsten ein herzliches ‚Viel Spaß!‘ in der Bezirksverordnetenversammlung.“ (SZ 20.9.11) ◆

Eine ausführlichere Würdigung der Piratenpartei erschien am 16. 12. 1011 in GEGENSTANDSPUNKT 4-11.

Gegenteil: Die Unterordnung unter die Anforderungen des Betriebs ist erst einmal die erwünschte und nach allgemeiner Meinung normale Gepflogenheit. Ein gewisses Maß an Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst und alle Interessen, die man außerhalb der Arbeit hat, ist damit als selbstverständlich abgehakt.

Die radikale Bereitschaft seines Patienten zum Konkurrieren, seinen Ehrgeiz, seinen Willen zur Anpassung, womit er sich schließlich kaputt macht, ist auch für den Psychologen der positive Ausgangspunkt seiner Betreuungstätigkeit. Eine Störung namens „Arbeitsucht“ diagnostiziert er dann, wenn die Leute den ihnen gestellten Anforderungen nicht mehr gerecht werden können, durch den rücksichtslosen Umgang mit sich selbst aus ihren gewohnten Bahnen herausfallen, wenn ein ades Psychologen hat der Mensch dann eine

Jour Fixe

in Tübingen und Stuttgart

Tübingen:

dienstags 20 Uhr im Clubhaus, Raum 2
Info: <http://www.versus-tuebingen.de>

Stuttgart:

donnerstags 19.30 Uhr,
Altes Feuerwehrhaus (Foyer)
(Stgt.-Süd, Möhringer Str. 56)
Termine und Themen in: <http://www.gegenstandpunkt-s.de/disk-s.htm>

Störung, wenn er eine zu werden droht – denn womöglich erbringt der Mitarbeiter dann gar keine Leistung mehr und fällt der Krankenkasse zur Last. So dumm und brutal ist das Kriterium, nach dem der Psychologe die von der Konkurrenz erzwungenen Arbeitsgewohnheiten beurteilt: Die vom Arbeitsleben verlangten Funktionen müssen erfolgreich erfüllt werden, und dabei hält es der eine eben aus, der andere nicht! Dort, wo ein Mensch sich selbst zum Mittel für den angestrebten Erfolg macht und dabei um des Erfolgs willen alle anderen Zwecke und eigenen Bedürfnisse zurückstellt und als Störung betrachtet, sieht ein Psychologe eine über das „normale“ Maß hinausgehende Übertreibung, die er in einen unkontrollierten, krankhaften Zustand seines Patienten verwandelt. Er ist sich ganz sicher, dass die Gründe für diese rätselhafte Entgleisung nicht in der Arbeitswelt liegen, sondern in der Person, die sich so dysfunktional verhält. Der – und nicht der Firma – dichtet er ein unstillbares Verlangen nach Immer-mehr-Arbeiten an, das er „Sucht“ nennt, und dieses zwanghafte Verhalten signalisiert ihm ganz klar „tiefere Probleme“ der Person mit sich selbst.

Was in seinem Seelenleben nicht in Ordnung ist herauszufinden, dabei hilft ihm dann der Psychologe. Wenn man da angelangt ist, bei der Befassung des „Arbeitsüchtigen“ mit sich und seinen inneren Geheimnissen, dann findet als ein „Faktor“ unter anderen auch die Welt des Arbeits- und Konkurrenzzwanges Erwähnung: als ein Stress-Moment, das einem labilen Menschen ganz schön zusetzen kann.

Aber wie gesagt: Der eine hält's aus, der andere eben nicht... ◆